

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

A m t s b l a t t

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.
45. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montag und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 47.

Freitag, den 12. Juni

1885.

Bekanntmachung.

- Das 4. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen vom Jahre 1885 enthält:
- No. 15. Bekanntmachung, eine Anleihe der Stadtgemeinde Meißen betreffend; vom 17. April 1885.
 - No. 16. Bekanntmachung, die Eröffnung des Betriebs auf der Eisenbahnstrecke Bienenmühle-Roldau (Landesgrenze) betreffend; vom 11. Mai 1885.
 - No. 17. Verordnung, die Stiftung eines Ehrenzeichens für Mitglieder der Feuerwehren betreffend; vom 11. Mai 1885.
 - No. 18. Verordnung, die veränderte Ordnung der Zuständigkeit des Rathes und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig in Sachen der Wohlfahrts- und der Sicherheitspolizei betreffend; vom 17. Mai 1885.
- Gedachtes Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes liegt zur Einsicht in hiesiger Rathsexpedition aus.
Wilsdruff, am 4. Juni 1885.

Der Stadtgemeinderath.

Ficker, Brgmstr.

Bekanntmachung.

Die diesjährigen Grasnutzungen auf der Vogelwiese, vor und hinter der Schießmaner, rechts und links an der Charandter Chaussee und der Brücke, in den Stadtgräben und auf den Parzellen am untern Bache rechts vom Stege und links desselben bis zur Sachsendorfer Brücke zwischen Herrn Ubrig's Weg und der Saubach sowie unter den Weiden an der Weißnerstraße, sollen

nächste Mittwoch, den 17. dieses Monats,
Nachmittags 6 Uhr,
im hiesigen Schießhause unter den daselbst bekannt gemachten Bedingungen meistbietend verpachtet werden.
Wilsdruff, am 10. Juni 1885.

Der Stadtgemeinderath.

Ficker, Brgmstr.

Tagesgeschichte.

Der neuliche Aufenthalt des Kronprinzen von Deutschland und Preußen nebst dem Prinzen Wilhelm in der alten preussischen Krönungsstadt Königsberg anlässlich des 25jährigen Gedenktages des Regiments Kronprinz hat deutlich gezeigt, welcher Liebe und Anhänglichkeit der Erbe der Krone von Deutschland und Preußen sich in der alten Provinz, von der die Könige von Preußen ihren Titel herleiten, zu erfreuen hat. Die Huldigungen der Bevölkerung der Stadt Königsberg und der Vertreter aus der Provinz Ostpreußen für den Kronprinzen und seinen ältesten Sohn war eine so imposante und herzliche, daß sie kaum übertroffen werden konnte.

Die feierliche Beisetzung der Leiche des verewigten Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen fand am Sonnabend in Sigmaringen statt. Fast alle regierenden Fürstenthümer Europas hatten ihre Vertreter zu den Begräbnißfeierlichkeiten entsandt. Den Kaiser Wilhelm, der um den Verlust seines Veters und alten treuen Freundes von tiefer Trauer erfüllt ist, vertrat der Kronprinz bei dem Begräbniß des Fürsten, ebenso hatte der Kaiser Vertreter des Ministeriums und des Heeres, denen der verewigte Fürst in rühmlichster Weise angehörte, nach Sigmaringen befohlen. Die zahlreichen Anverwandten des verewigten Fürsten waren beim Begräbniß vollzählig vertreten. Neben dem Könige von Rumänien, bekanntlich der zweite Sohn des entschlafenen Hohenzollernfürsten, erschien auch der Vertreter des rumänischen Ministeriums und der rumänischen Armee.

Der Reichskanzler will Ruhe haben während seiner Badekur in Rissingen, was man ihm schließlich auch nicht verübeln kann, denn er hat das Jahr über genug zu schaffen und zu arbeiten. Er will weder von amtlichen noch von nicht-amtlichen Schreibern belästigt werden und deshalb hat er sich verboten, ihm Schreiben nachzusenden. Es wird deshalb auch auf keine Antwort zu rechnen sein bis der Reichskanzler wieder in Berlin im Geschirr ist.

Dem Bundesrath ist der Antrag Sachsens zugegangen auf Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend vom 28. Juni d. J. bis zum selben Tage 1886.

Im „Reichsanzeiger“ wird ein Artikel der „Schl. Btg.“ abgedruckt und damit indirekt gebilligt, welcher sich energisch und betreffend gegen den Innungszwang ausspricht. Am Schlusse der von dem offiziellen Publikationsorgane der Regierung wiedergegebenen Ausführungen heißt es: Mit dem Worte „obligatorische Innungen“ wird überhaupt, besonders dem minder einsichtigen Theile des Handwerkerstandes gegenüber, großer Mißbrauch getrieben. Man erweckt nicht selten zu Wahlzwecken — mittelst desselben Illusionen, die nur das trostlose Ergebnis haben, daß die mit ihrer Lage unzufriedenen Handwerker Alles von der Zukunft erhoffen und die Hand nicht rühren, um dasjenige energisch auszunutzen, was ihnen die Gesetzgebung heute schon bietet.“

Das Krankentassengesetz legt bekanntlich dem Arbeitgeber die Verpflichtung auf, ein Drittel des Versicherungsbeitrages selbst zu zahlen. In Frankfurt am Main hatte der Möbelhändler Goldschmidt zwei Arbeiter dies Drittel in Abzug gebracht und wurde dafür vom Schöffengericht mit einer Geldbuße von 30 Mark bestraft.

Unter den Vorlagen für den am 14. Juni zu Mannheim stattfindenden Parteitag der deutschen Volkspartei befindet sich auch ein Antrag auf allmähliche Beseitigung des Privatbesitzes an Grund und Boden! Gut, daß es nur „allmählich“ geschehen soll,

damit's auf einmal nicht so weh thut. Wir wüßten aber ein Rezept für die Demokraten. Gebt jedem ein Rittergut und sie denken nicht mehr an die „allmähliche“ Beseitigung des Grundbesitzes!

Die Schweiz säubert sich weiter von den Anarchisten. In diesen Tagen sind wieder 21 Mann, darunter Franzosen und Deutsche ausgewiesen worden.

Die Verhandlungen, welche das belgische Ministerium mit den Mächten in Bezug auf die Berufung eines internationalen Eisenbahnkongresses zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der belgischen Eisenbahnen gepflogen hat, sind laut den vorliegenden Mittheilungen aus Brüssel erfolgreich gewesen. Das Programm der auf diesem in der Zeit vom 8. bis 15. August in Brüssel tagenden Kongress zu behandelnden Fragen ist dem Vernehmen nach bereits festgestellt; in vier getrennten Sektionen werden 12 Hauptfragen beraten werden. Die Fragen erstrecken sich auf alle Gebiete des Eisenbahnwesens, auf Bauten, Material, Betrieb, Unterhaltung, neue Systeme, Bahnhöfe, Maßregeln für Betriebssicherheit, Sekundär- und Cinalbahnen, sowie die Feststellung einer gemeinsamen Statistik u. s. w.

Die italienischen Minister des Krieges und der Marine haben der Kammer eine Forderung von 3 Millionen Lire für die italienischen Truppen am Rothen Meere unterbreitet. Die Lage derselben hat sich noch verschlechtert, denn nach offiziellen Nachrichten aus Suakin ist Kassala, die Hauptstadt des Westjudan, Ende Mai von den Arabern genommen. Damit steht den Schaaren des Mahdi der Weg nach Massauah, wo die Italiener stehen, offen. Die Besatzung von Massauah ist von den Arabern nicht ermordet.

Leider unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Cholera in der spanischen Provinz Valencia auch in diesem Sommer wieder epidemisch auftritt. Die von der Regierung abgesandte ärztliche Kommission zur Untersuchung des Gesundheitszustandes der Provinz hat, nachdem sie eine Anzahl Leichen der an der herrschenden Seuche gestorbenen untersucht hat, die Ueberzeugung gewonnen, daß es die asiatische Cholera ist, welche in mehreren hundert Fällen in der Stadt Valencia und in über zwanzig größeren und kleineren Ortschaften der Provinz sich gezeigt hat. Am 2. Juni kamen sechs Fälle im Zuchthaus und in einer Vorstadt von Valencia vor. Die Behörden greifen wieder zu Absperrungsmaßregeln und Räucherungen. Auch in Castellon, Albacete und Sagunt hat die Seuche sich gezeigt.

Konstantinopel, 7. Juni. In Stambul ist gestern Abend eine Feuersbrunst ausgebrochen, durch welche gegen 300 Gebäude in Asche gelegt worden sind, darunter 50 Kaufläden und 3 Moscheen. Eine Person ist dabei umgekommen, mehrere haben Verletzungen erlitten.

Im englischen Unterhause hat das Kabinet Gladstone eine Niederlage erlitten, doch weiß man noch nicht genau, ob Gladstone dieserhalb demissioniren und ein konservatives Kabinet die Regierung übernehmen, oder ob nun eine Rekonstruktion des liberalen Kabinetts stattfinden wird. Die Niederlage Gladstone's ereignete sich bei der Budgetvorlage, zu welcher der Abgeordnete Beach einen Antrag einbrachte, der die Erhöhung der Spiritus- und Biersteuer beanstandete. Der Premier Gladstone erklärte den Antrag für ungewöhnlich. Für militärische Vorbereitungen zur Abwendung einer ernststen Gefahr sei die Nothwendigkeit der beantragten Steuer-Erhöhen entstanden. Die Opposition, welche den beantragten Kredit einstimmig bewilligt habe, verweigere jetzt die beantragten Mittel zur Bedeckung. Er müsse daher aus der Entscheidung des Hauses über den Antrag Beach eine